



## Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl, Markus Ganterer, Dr. Christian Magerl, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### Transparenz bei TTIP

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen politischen Ebenen mit Nachdruck für eine sofortige und absolute Transparenz der TTIP-Verhandlungen und Offenlegung aller Verhandlungsunterlagen inklusive konsolidierter Texte einzusetzen, andernfalls einen Abbruch der Verhandlungen zu fordern und für den Fall einer Bundesrats-Abstimmung über TTIP die Ablehnung zu beschließen.

### Begründung:

Abkommen wie TTIP, CETA oder TiSA, die für die Vertragspartner einschneidende Folgen haben können, dürfen nicht geheim verhandelt werden. Insbesondere die Nichtinformation der politischen Entscheidungsträger auf Landesebene – die vermutlich im Bundesrat über das Zustandekommen der Abkommen zu befinden haben – über den Fortgang der Verhandlungen und die gegenseitigen Verhandlungspositionen erschwert die Meinungsbildung massiv. Auch die Bevölkerung, die letztendlich von den Abkommen betroffen ist, muss und will informiert werden. Laut ARD-Deutschlandtrend vom 2./3. Mai 2016 halten 83 Prozent der befragten Wahlberechtigten die Geheimhaltung der Verhandlungen für falsch.

Die nunmehr geleakten Verhandlungspapiere festigen die von TTIP-Kritikern geäußerte Annahme, dass die Papiere nicht veröffentlicht wurden, um in der öffentlichen Meinung keinen – offensichtlich begründeten – Widerstand gegen dieses Abkommen zu erzeugen.

Die TTIP-Kritiker sehen ihre seit langem geäußerten Befürchtungen betreffend der derzeit verhandelten Inhalte von TTIP durch die veröffentlichten Papiere bestätigt. Auch um sich bei Kritik an TTIP nicht weiter dem Vorwurf der „Angstmacherei“ und „Verschwörungstheoretikerei“ ausgesetzt zu sehen, wird die Veröffentlichung aller Verhandlungsunterlagen gefordert – denn nur dann kann auf Basis von Fakten diskutiert werden.